

November/2018

Ukraine-Update



Zahlen, Daten & Fakten zur ukrainischen Wirtschaft und den deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die Ukraine befindet sich nicht nur in einem kriegerischen Konflikt mit von Russland unterstützten separatistischen Bewegungen im Osten des Landes, sondern auch in einem Handelskonflikt mit seinem Nachbarland, der von gegenseitigen Sanktionen und Blockaden geprägt ist und bereits zu einer deutlichen Reduzierung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen geführt hat.

Wirtschaftswachstum: Die wirtschaftlichen Indikatoren zeigen, dass hinter der Ukraine dramatische Jahre liegen: 2015 brach das ukrainische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um fast zehn Prozent ein, nachdem es bereits 2014 um 6,8 Prozent zurückgegangen war¹. 2016 wurde dann wieder ein Wachstum von rund 2,3 Prozent erzielt, für 2017 hat die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ein Plus von 2,5 Prozent bestätigt. Für 2018 und 2019 werden von EBRD und Weltbank Wachstumsraten von 3,5 bzw. drei Prozent prognostiziert. Auch die Investitionen entwickeln sich wieder positiv. Nach Einschätzung von Germany Trade and Invest (GTAI) ist für die Jahre 2018 und 2019 mit einem Plus von sieben bzw. sechs Prozent der Investitionen zu rechnen.

Wirtschaftspolitische Trends: Positive Effekte des vertieften und umfassenden Freihandels- und Assoziierungsabkommens (DCFTA) mit der EU, das seit 2015 einseitig von der EU und seit Anfang 2016 auch beidseitig angewendet wird, sind in Ansätzen erkennbar. Dagegen schlägt der zunehmende Ausfall des russischen Marktes auf die ukrainische Wirtschaft negativ durch. Seit Anfang 2016 hat Russland das GUS-Freihandelsabkommen mit der Ukraine einseitig ausgesetzt und Importsanktionen vor allem gegen ukrainische Lebensmittel erhoben. Die Ukraine hat ihrerseits Im-

¹ ohne Krim, Simferopol und umkämpfte Gebiete im Osten der Ukraine (ORDLO).

portsanktionen gegen russische Nahrungsmittel und andere Produkte eingeführt. Weitere gegenseitige Sanktionen betreffen unter anderem zahlreiche Industriegüter und den Luftverkehr. Seit Oktober 2015 gibt es keine Direktflüge mehr zwischen Russland und der Ukraine, nachdem zunächst die Ukraine und danach Russland den Luftraum für Airlines des Nachbarlandes gesperrt hatte. Im März 2017 führte die Ukraine zudem Sanktionen gegen russische Banken ein. Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2018 fortgesetzt. So wurde im Herbst des Jahres der Freundschaftsvertrag zwischen der Ukraine und Russland nicht verlängert, der bislang eine strategische Partnerschaft und Kooperation im wirtschaftlichen Bereich vorsah. Andere bilaterale Verträge wie die gegenseitige Anerkennung der Grenzen und die gemeinsame Nutzung des am Schwarzen Meer gelegenen Asowschen Meeres als Binnenmeer nehmen direkten Bezug auf den Freundschaftsvertrag.

Die Warenströme haben sich infolge dieser Entwicklung stark verändert: Der russisch-ukrainische Handel brach von 38 Milliarden US-Dollar 2013 auf nur noch 9 Milliarden US-Dollar 2016 ein. Nach einem starken Rückgang des Außenhandelsumsatzes mit der EU von 44 auf rund 30 Milliarden US-Dollar, hat sich dieser für das Jahr 2017 wieder auf 37,7 Milliarden US-Dollar erholt. War Russland noch bis 2012 wichtigstes Zielland für Exporte, versieht die Ukraine mittlerweile 49 Prozent ihrer Exporte mit den 28 EU-Ländern, mit Russland nur noch neun Prozent. Ähnlich sieht es bei den Importen aus: 42 Prozent der ukrainischen Importe stammen aus der EU, nur noch 14 Prozent aus Russland (Angaben Jan.-Sep. 2018, Warenhandel).

Der IWF hat nach einer zwischenzeitlichen Aussetzung sein Kreditprogramm für die Ukraine im September 2016 wieder aufgenommen. Ende März 2017 wurde eine vierte Tranche im Umfang von einer Milliarde Dollar aus dem seit März 2015 laufenden Programm ausgezahlt. Anfang März 2017 hatte sich Kiew mit dem IWF auf ein erneuertes Programm geeinigt, das unter anderem eine Rentenreform, die Erhöhung der Gaspreise und die Aufhebung des Moratoriums auf den Kauf und Verkauf von Land vorsieht. Im Herbst 2018 gibt es positive Vorzeichen für ein neues, Stand-by Arrangement (SBA) in Milliardenhöhe. Auch die EU-Kommission gab Mitte März 2017 eine weitere Kreditrate in Höhe von 600 Millionen Euro frei. Insgesamt sind aus dem EU-Budget seit 2014 über 2,8 Milliarden Euro in die Ukraine geflossen, die höchste Zahlung, die bislang an ein Nicht-EU-Land gegangen ist.

Der Wechselkurs der ukrainischen Hrywna ist seit Frühjahr 2015 relativ stabil. Die Inflation ist von Höchstwerten von über 60 Prozent im Frühjahr 2015 auf zuletzt rund elf Prozent gefallen. Die Währungsreserven sind dank der IWF-Hilfen auf knapp 19 Milliarden Dollar gestiegen, die Staatsverschuldung des Landes liegt mittlerweile bei rund 78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Wirtschaftsreformen: Seit 2014 wurde in der Ukraine ein umfangreicher Reformprozess in Gang gesetzt. Beispiele für positive Entwicklungen sind die Einführung eines elektronischen Systems für öffentliche Ausschreibungen („ProZorro“), das die Transparenz in diesem Bereich enorm gesteigert hat. Radikal reformiert wurde auch der Energiesektor des Landes. Beim Monopolisten Naftogas wurde ein „unbundling“ eingeleitet, die früher stark subventionierten Preise für die Endverbraucher wurden marktgerecht gestaltet. Bedürftige erhalten individuelle Zuzahlungen und die Überschüsse sollen in einen Energieeffizienzfonds fließen, aus dem dann entsprechende Projekte - auch mit deutscher Unterstützung - finanziert werden. Profitieren könnte davon auch die „Initiative Energieeffizienz Ukraine“, an der sich neben der dena und weiteren Partnern auch der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein beteiligt und die Energieeffizienz-Maßnahmen für den überalterten Wohnbestand der Ukraine erarbeitet.

Auch der ukrainische Bankensektor wurde seit 2014 reformiert: Ein Drittel aller Banken wurden geschlossen. Diese Entwicklung hat zu wirtschaftlicher Stabilität auch in anderen Bereichen im Land geführt. Im Zuge der Dezentralisierung erhielten ukrainische Regionen mehr Kompetenzen und finanzielle Spielräume. Es ist sehr zu begrüßen, dass mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt, ein Sondergesandter der G7-Staaten benannt ist, der diesen Reformprozess aktiv begleitet. Der Verwaltungsaufwand im Steuerrecht wird kontinuierlich verringert, auch durch den Einsatz digitaler Instrumente. Faktisch gelöst hat sich auch die Problematik der Mehrwertsteuerrückerstattung und des Dividendentransfers ins Ausland. Problematisch bleibt dagegen die einseitige Orientierung auf wenige Exportgüter.

Einhellig stellen aber alle Reformer in der Ukraine fest, dass die Justiz- und Gerichtsreform weiterhin die größte Baustelle bleibt. Auch die Modernisierung des Beamtenapparates ist noch nicht abgeschlossen und bedarf weiterer Anstrengungen. Zentral bleibt auch der Kampf gegen Korruption und für Bürokratieabbau. Hier ist Hilfe von Seiten der EU besonders gefragt.

Deutsche Firmen in der Ukraine sprechen dennoch mehrheitlich von einem Aufwärtstrend. Das Marktvolumen sei zwar noch weit von den Umsätzen früherer Jahre entfernt, aber in der Agrarwirtschaft, in den Grundstoffindustrien und im Dienstleistungssektor gebe es positive Entwicklungen. Viele ukrainische Unternehmen würden sich auf die EU umorientieren. Vor einer größeren Herausforderung stehen allerdings die Industriekonglomerate der Ostukraine, Alternativen zum russischen Markt aufzubauen.

Der Konflikt im Osten bleibt ein Unsicherheitsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung, wobei der bewaffnete Konflikt auf ver-

gleichsweise kleine Landesteile an der östlichen Grenze zu Russland beschränkt ist (fünf Prozent des Gesamtterritoriums der Ukraine). Einzelne vereinbarte Waffenruhen in der Ostukraine werden meist nur kurzfristig eingehalten. Das Minsker Protokoll, das im Februar 2015 unter maßgeblicher Vermittlung der Bundeskanzlerin zur Befriedung des Konfliktes ausgehandelt worden war, wird von allen beteiligten Parteien kaum umgesetzt; der darin vereinbarte Zeit- und Stufenplan wurde nicht eingehalten. Seit Februar 2017 erkennt Russland „Pässe“ der Separatistengebiete im Osten der Ukraine einseitig als Dokumente an, im März 2017 verhängte die ukrainische Regierung nach wochenlangen illegalen Blockaden durch ukrainische Aktivisten einen weitgehenden Stopp des Warenhandels mit den Separatistengebieten, aus denen bislang vor allem dringend benötigte Kohle zur Energieversorgung der Ukraine bezogen worden war. Im Herbst 2018 eskalierte eine Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland um den Zugang zu den ukrainischen Häfen Berdjansk und Mariupol am Asowschen Meer. Russland kontrolliert die Durchfahrt unter der neu gebauten Brücke auf die Krim in der Straße von Kertsch zunehmend restriktiv, was zu längeren Wartezeiten und steigenden Kosten im Frachtschiffverkehr führt.

Der Konflikt im Osten des Landes bindet erhebliche Kräfte und finanzielle Mittel, die für Reformen dringend gebraucht werden. Im aufziehenden Wahlkampf der Präsidentschaftswahlen im März 2019 und der Parlamentswahlen im Herbst 2019 stehen auch Konzepte und Ideen zum weiteren Umgang mit dem Konflikt zur Wahl. Die Unternehmen hoffen auf eine rasche Weiterführung und nachhaltige Umsetzung der Reformen zur Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsumfeldes in der Ukraine, insbesondere auch mit Blick auf das Wahljahr 2019, das den Reformprozess verzögern und so zu einem verlorenen Jahr werden könnte. Insgesamt hat die Ukraine bis zu einem erfolgreichen Abschluss des Reformprozesses noch große Herausforderungen zu meistern, dennoch: Die gemachten Schritte weisen in die richtige Richtung. Im aktuellen Doing Business Report 2019 der Weltbank kletterte die Ukraine auf Rang 71 (2018: 76).

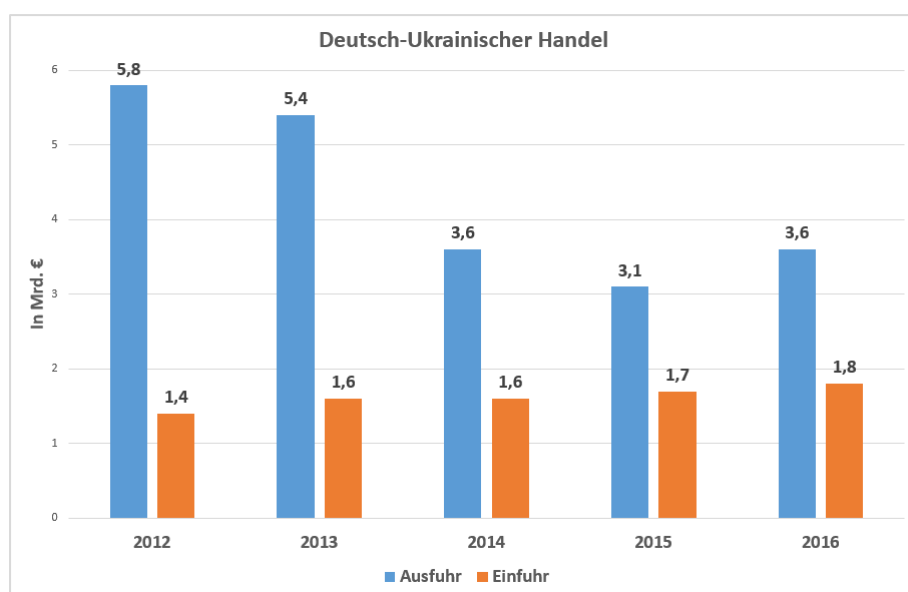
2. Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Am 11. Oktober 2016 wurde anlässlich der 2. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftskonferenz die offizielle Gründung der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer in Kiew gefeiert. Die Konferenz setzte die erfolgreiche 1. Wirtschaftskonferenz aus dem Oktober 2015 fort, die damals der Ost-Ausschuss, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und die ukrainische Botschaft in Berlin organisiert hatten. Die Gründung der Kammer war seinerzeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem damaligen ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk vereinbart worden. Mit dem dritten

Forum dieser Art wird am 29. November 2018 die Serie des Wirtschaftsdialogs fortgesetzt.

Die Zahl deutscher Firmenvertretungen inklusive Filialen und Tochterunternehmen in der Ukraine beträgt rund 500. An weiteren rund 3000 Unternehmen sind deutsche Personen beteiligt. (Angabe der staatlichen Statistikbehörde der Ukraine, November 2018)

Handelsentwicklung: Die bilateralen Handelsbeziehungen Deutschlands mit der Ukraine stabilisierten sich auch im Jahr 2018. 2015 war der deutsch-ukrainische Handel noch um 11,8 Prozent eingebrochen, im Jahr zuvor sogar um 25 Prozent. 2016 und 2017



OA Grafik; Quelle: Statistisches Bundesamt

legte der bilaterale Warenaustausch wieder deutlich zu. Zwischen Januar und September 2018 wuchs der Import ukrainischer Waren in Deutschland um 16,8 Prozent auf gut 1,8 Milliarden Euro, während die deutschen Exporte in die Ukraine leicht um 2,7 Prozent auf fast 3,4 Milliarden Euro zulegten. Wichtigste ukrainische Exportgüter sind Kfz-Teile, landwirtschaftliche Erzeugnisse, Metalle, Bekleidung sowie Nahrungs- und Futtermittel. Wichtigste deutsche Exportwaren sind Maschinen, chemische Erzeugnisse sowie Kfz und Kfz-Teile.

Deutsch-Ukrainischer Handel:
Die wichtigsten fünf Warengruppen 2017

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Maschinen	957,2
Chemische Erzeugnisse	697,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	686,0
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	286,8
Elektrische Ausrüstungen	253,2

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Kraftwagen und Kraftwagenteile	491,3
Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	332,7
Metalle	271,5
Bekleidung	183,1
Nahrungsmittel und Futtermittel	155,7

OA Tabelle; Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutsche Investitionen: Nach Angaben der ukrainischen Statistikbehörde investierten deutsche Unternehmen im Jahr 2017 148 Millionen Euro in der Ukraine. Damit ist der Trend auch hier positiv. Insgesamt haben deutsche Unternehmen bislang knapp 1,8 Milliarden Euro im Land investiert, knapp fünf Prozent aller ausländischen Investitionen.

Handelshemmnisse:

1. Devisenregulierung

Die regulatorischen Einschränkungen im Devisenverkehr des Jahres 2014/15 (Beschränkung des Zahlungsverkehrs bei Gewinnausschüttungen und Zahlungen für Dienstleistungen, Verbot von Vorauszahlungen, Zwangsumtausch bei Devisenzuflüssen aus Exportgeschäften und Kapitalerhöhungen u.a.) werden gegenwärtig zwar schrittweise abgebaut, dennoch haben sie insbesondere Aktiengesellschaften erheblich verunsichert. Mit der Beschlussfassung des Gesetzes „Über die Devisen und Devisengeschäfte“ werden diese und andere Regelungen liberalisiert und vereinfacht. Wir hoffen, dass das Gesetz nach in Kraft treten am 7. Februar 2019 zur Vereinfachung des internationalen Wirtschaftsaustausches beiträgt.

2. Noch nicht ausreichend effizientes, transparentes und zuverlässiges Rechtssystem und Gerichtswesen
Beides ist eminent wichtig für die Sicherheit der Unternehmen und die Investitionsattraktivität der Ukraine. Ein Missbrauch in diesem Bereich führt zu zusätzlichem Kosten- und Zeitaufwand für die Unternehmen, Geschäftsunsicherheiten und anderes mehr.

Einige deutsche Unternehmen haben aufgrund von missbräuchlichen Gerichtsverfahren ihre Investitions- oder gar ihre Geschäftsaktivität bis zum Abschluss der Gerichtsverfahren „auf Eis gelegt“.
3. Verkaufsmoratorium für landwirtschaftliche Flächen und gegebenenfalls dessen eingeschränkte Umwidmung (für die Industrienutzung).
4. Eingeschränkte Verfügbarkeit von langfristigen Hermes-Garantien für neue Projekte angesichts bestehender oder drohender Hermes-Schadensfälle.

Viele der bestehenden Hemmnisse haben die Chance, im Rahmen des weiteren DCFTA-Prozesses abgebaut zu werden. Und auch hier gilt – je schneller die Umsetzung erfolgt, desto besser für die wirtschaftliche Kooperation zwischen Unternehmen unserer Länder.

3. Agrar- und Ernährungswirtschaft

Der ukrainische Agrarsektor ist ein robuster Wirtschaftszweig, dem große Bedeutung für die wirtschaftliche Gesundung der Ukraine zugerechnet wird: Allein 2015 betrug sein Anteil zwölf Prozent am ukrainischen Bruttoinlandsprodukt (in Deutschland sind es gut zwei Prozent); über ein Drittel der ukrainischen Agrarproduktion geht in den Export (Januar-August 2018: 37,3 %).

Die Getreideernte lag 2017 Schätzungen zufolge mit rd. 60 Millionen Tonnen erneut knapp unter dem Rekord aus dem Jahr 2014 (63,9 Millionen Tonnen). Große landwirtschaftliche Betriebe investieren nach wie vor in Betriebsmittel, was etwa der Landtechnik-Branche positive Impulse verleiht. Die im Rahmen des Beitritts der Ukraine zur Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) der EU ausgehandelten Exportquoten werden weiterhin in weiten Teilen schnell ausgeschöpft - eine Ausweitung der Quoten seitens der EU ist regelmäßig in der Diskussion und kann Nischenanbietern größere Absatzchancen eröffnen.

Das Wachstumspotenzial des ukrainischen Agrarsektors bleibt bedeutend, auch wenn durch modernisierte Landtechnik und Betriebsmittel tendenziell weniger Arbeitskräfte gebraucht werden;

bislang ist offiziell fast ein Fünftel aller Beschäftigten in der Ukraine in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft zu finden.

Das ukrainische Landwirtschaftsministerium ist mit Unterstützung internationaler Geber um eine Reform der Agrarpolitik und -verwaltung und weiterhin an einem engen Austausch insbesondere mit der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft interessiert. Als Teil der Korruptionsbekämpfung im Lande ist eine Deregulierung der Agrarwirtschaft begonnen worden; eine Initiative des Ministeriums zur Privatisierung zahlreicher Betriebe in seinem Zuständigkeitsbereich ist in der Diskussion. Das Moratorium zum Verkauf landwirtschaftlicher Flächen in Staats- bzw. Gemeindebesitz wird voraussichtlich auch Ende 2018 um ein weiteres Jahr verlängert, da 2019 Wahlen zum Parlament und des Präsidenten anstehen.

Die Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e. V. will den gemeinsamen Dialog weiterhin fördern und ausbauen. ist sie eng in die Weiterentwicklung von Projekten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in der Ukraine eingebunden.

4. Weitere Projekte des OAOEV mit/in der Ukraine

Initiative Energieeffizienz Ukraine, gemeinsam mit anderen deutschen Organisationen (dena, IWO, Kompetenzzentrum Großsiedlungen, Berlin Economics): Ziel ist es, Energieeffizienzmaßnahmen im Wohngebäude- und Kommunalsektor durchzuführen und für die Finanzierung ukrainische Quellen zu entwickeln. Der Ost-Ausschuss - Osteuropaverein begleitet das Modellvorhaben der Initiative „Umfassende energetische Sanierung von Mehrfamilienhäusern in der Ukraine“, die das Ziel hat, Eckpunkte für ein nationales Förderprogramm zur energieeffizienten Sanierung von Mehrfamilienhäusern zu definieren und eine Roadmap für dessen Einführung zu entwickeln. Aktuell sind 20 Pilotprojekte aus 500 Bewerbungen ausgewählt. Sie umfassen typische Mehrfamilien-Gebäudetypen in unterschiedlichen Rechtsformen, Siedlungstypen und verschiedenen Regionen und der Ukraine. Das Modellvorhaben wird vom Bundeswirtschaftsministerium finanziert.

5. Aktivitäten des OAOEV 2018

Anlässlich des Besuchs des ukrainischen Premierministers Wolodymyr Grojsman in München lud der Ost-Ausschuss - Osteuropaverein im Januar 2018 gemeinsam mit weiteren Partnern zu einem Gespräch mit Wirtschaftsvertretern ein. Dabei wurden aktuelle Fragen der deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen diskutiert.

Im Januar 2018 trafen deutsche Unternehmen zu einem Gespräch mit dem Stellvertretenden Gesundheitsminister Lositzkij in Berlin zusammen. Nachfolgend organisierte der OAOEV im Rahmen der AG Agrarwirtschaft eine Veranstaltung zu aktuellen Trends in der ukrainischen Agrarwirtschaft gemeinsam mit dem Projekt Agritrade Ukraine im Rahmen der internationalen Fachmesse Fruit Logistica in Berlin.

Im April 2018 wurde gemeinsam mit der IHK Rhein-Neckar der Deutsch-Ukrainische Wirtschaftstag in Mannheim durchgeführt und aktuelle Trends in den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Kooperationsprojekte diskutiert.

Anfang September hat die erste Reise deutscher Wirtschaftsjunioren in die Ukraine stattgefunden. Die zwölfköpfige Delegation konnte in Zusammenarbeit mit dem Sprecher für Handelspolitik im Auswärtigen Ausschuss, Alexander Kulitz MdB, organisiert werden und soll den Auftakt für einen vertieften Austausch deutscher und ukrainischer Jungunternehmer sein. Für das Frühjahr 2019 ist die Fortsetzung des Formates in Deutschland geplant.

Gemeinsam mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum organisierte der OAOEV im Oktober 2018 eine Unternehmerreise in die ostukrainischen Städte Dnipro, Kryvyi Rih und Zaporizhia mit dem Schwerpunkt Metallverarbeitung und industrielle Prozesse.

Im November 2018 findet auf Einladung des OAOEV, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer ein hochrangiges Abendessen anlässlich des Besuchs des ukrainischen Premierministers Grojsman statt. Am Folgetag, dem 29. November 2018, beginnt das 3. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Dies wird durch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und den ukrainischen Premierminister Wolodymyr Grojsman eröffnet.

Im Rahmen des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Ukraine wurden 2018 unter Federführung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft 44 Stipendien für Praktika in

deutschen Unternehmen an Studierende und junge Absolventen aus der Ukraine vergeben. Die neuen Stipendiaten wurden im Januar 2018 im Rahmen eines Empfangs in Deutschland begrüßt und absolvierten ihre Praktika bis Sommer des Jahres. Die dritte Alumnikonferenz des Programms hat im Juni 2018 in Lviv stattgefunden.

6. Weitere Informationen

Ansprechpartner für die Ukraine im OAOEV:

Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Tel.: +49 (0)30 206167-113

Mail: S.Kaegebei@bdi.eu

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführung AG Agrarwirtschaft

Tel.: +49 (0)30 206167-124

Mail: P.Brodersen@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Ukrainische Auslandshandelskammer:

<http://ukraine.ahk.de/>

Bundesbank:

www.bundesbank.de

Auswärtiges Amt, Länderinformationen Ukraine

<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Ukraine.html?nnm=383178>

Deutsche Botschaft Kiew:

<http://www.kiew.diplo.de/Vertretung/kiew/de/Startseite.html>

Germany Trade&Invest:

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Berlin Economics (Deutsche Beratergruppe Ukraine)

<http://berlin-economics.com/wordpress/de/>

speziell Wirtschaftsausblick Ukraine

<http://berlin-economics.com/wordpress/de/wirtschaftsausblick/>

Ukraine-Analysen der DGO und der Forschungsstelle Osteuropa

<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Fachmagazin OstContact:

<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:

<http://www.maerkte-weltweit.de>

Statistisches Bundesamt:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Internationales/Land/Europa/Ukraine.html>

Ukrainische Statistikbehörde:

<http://www.ukrstat.gov.ua/>

Ukrainisches Wirtschaftsministerium

www.me.gov.ua/?lang=en-GB

Internationale Rankings zu diversen Kenngrößen

<http://www.laenderdaten.de/>

dazu speziell zur Ukraine:

<http://www.lexas.de/europa/ukraine/index.aspx>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-ukrainischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 29 OAOEV-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des OAOEV unter www.oaoev.de/de/lander

Newsletter: Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.oaoev.de/newsletter abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook unter [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren · Vernetzen · Handeln!

Presse-Kontakt:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.

Andreas Metz

Tel.: +49 (0)30 206167-120

E-Mail: A.Metz@bdi.eu

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.oaoev.de

Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)